



Protokollauszug

aus der
Fortsetzung der 38. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 08.05.2023

öffentlich

**Top 8.5 Einrichtung Familienbüro
23/SVV/0002
geändert beschlossen**

Der **Jugendhilfeausschuss** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen **zu-
zustimmen**:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit
welchem finanziellen Aufwand** die in der Mitteilungsvorlage 21/SVV/0675 erläuterte Konzeption
zur Schaffung eines Familienbüros in der Landeshauptstadt Potsdam **umgesetzt werden kann**.
**Dabei sollen prioritär Standorte in den Stadtteilen Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld, Waldstadt
I, Waldstadt II und Schlaatz geprüft werden.** ~~Dabei soll die PHASE 1 INITIIERUNG ab dem
01.01.2024 gestartet werden.~~

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Finanzmittel in den Haushaltsentwurf
2023/2024 einzustellen.~~

Der **Ausschuss für Finanzen** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen
zuzustimmen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit
welchem finanziellen Aufwand** die in der Mitteilungsvorlage 21/SVV/0675 erläuterte Konzeption
zur Schaffung eines Familienbüros in der Landeshauptstadt Potsdam **umgesetzt werden kann**.
~~Dabei soll die PHASE 1 INITIIERUNG ab dem 01.01.2024 gestartet werden.~~

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Finanzmittel in den Haushaltsentwurf
2023/2024 einzustellen.~~

Abstimmung:

Die vom Jugendhilfeausschuss empfohlenen Änderungen/Ergänzungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit
welchem finanziellen Aufwand die in der Mitteilungsvorlage 21/SVV/0675 erläuterte Kon-
zeption zur Schaffung eines Familienbüros in der Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt**

werden kann. Dabei sollen prioritär Standorte in den Stadtteilen Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld, Waldstadt I, Waldstadt II und Schlaatz geprüft werden.